

Redebeitrag von Ewald Ziegler für das Nürnberger Friedensforum auf der Demo am 03. Januar 2009 in Nürnberg gegen den Krieg in Gaza

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

seit 27. Dezember bombardiert die israelische Luftwaffe täglich mehrmals den Gazastreifen. Das Leid der Menschen in dem Gebiet und das Ausmaß der Zerstörungen können wir uns trotz der Medienberichte gewiss nur unvollkommen vorstellen. Aus diesem Grund versammeln wir uns heute und aus diesem Grund ist es selbstverständlich, dass das Nürnberger Friedensforum dabei ist.

Wie jeder Krieg wird auch dieser für die Öffentlichkeit als gerecht, notwendig und letzten Endes unvermeidbar zurecht gebogen. Wie jedes Mal widersprechen wir auch dieses Mal.

Es stimmt, dass in den letzten Wochen vermehrt israelisches Gebiet von Gaza aus mit Mörsern und Raketen beschossen wurde. Um keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir haben das verurteilt und das nach wie vor!

Nur wir weigern uns zu akzeptieren, dass dies einer Regierung das Recht gibt, eine ganze Region samt Menschen als Geiseln zu nehmen und nach Belieben mit ihnen militärisch umzuspringen. „Krieg ohne Gnade“, nannte das der israelische Verteidigungsminister. Wo blieb denn da der Aufschrei bei uns in der Politik und in den Medien? Von Kanzlerin Merkel bis OB Maly haben wir nichts gehört. Man stelle sich vor, solche Töne würden von Repräsentanten aus den von Bush titulierten `Schurkenstaaten`, dem Iran, aus Nordkorea, aus Belarus, aus Kuba, aus kommen?

Da sind wir eben ganz anders! Wir messen nicht mit zweierlei Maß! Wir nennen Krieg Krieg und wir nennen Verbrechen auch Verbrechen, egal wer der Verursacher ist! Und in dem Zusammenhang vergessen wir nicht, der Krieg hat auch eine Vorgeschichte. Dazu gehört, dass Anfang November die israelische Armee mit `vereinzelt Schlägen` mehrere Hamas Milizionäre `gezielt tötete` und etwa einen Monat lang weder Nahrung, Treibstoff noch Hilfslieferungen in den Gaza ließ. Sicherheit und Frieden für die Menschen in Israel und in Palästina lässt sich so nicht erreichen.

Wir sind für das Existenzrecht Israels, da es die überwältigende Mehrheit seiner Bewohner vertritt. So sind wir aber auch für das Recht des palästinensischen Volkes auf eine eigene staatliche Ordnung. Und dazu gehört natürlich, dass man Ergebnisse demokratischer Wahlen anerkennt. Und in Richtung Berlin und der EU ergänzen wir, zu einem Demokraten gehört das erst recht, wenn ihm das Ergebnis nicht passt!

Abschließend ein Wort zu Antisemitismus u.ä. Vorwürfen.

Keine Sorge! Wir können unterscheiden zwischen den Menschen in Israel, der jüdischen Religion und der jeweiligen Regierung in Israel. Und wir unterscheiden! Dabei wissen wir uns einig mit der Friedensbewegung in Israel und den Menschen in Palästina, die für gemeinsame Sicherheit mit den Bewohnern Israels eintreten.

Daraus schöpfen wir Mut und Hoffnung!

An diesen Menschen in Nahost sollte sich auch die Bundesregierung orientieren! Wiederaufnahme der Hilfsleistungen in den Gaza und ein Ende von Waffenlieferungen an Israel wären dann beschlossene Sache.